

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Preis des Einzelhefts: 15 Pf. Druck: Buchdruck-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Verdensteilstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 10 Guldenpreis 1 d. Millimeter Höhe u. Breite; 70 Guldenpreis 1. Kolumne im Zeitungsheft zu richten nach Halle, Verdensteilstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Konten: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfachnummer: Leipzig 106848 Fritz Str. 6, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 17. Juni 1925

5. Jahrgang + Nr. 125

Riesige Holzarbeiter-Ausperrung

Ein Signal zur geschlossenen Abwehr des Gesamtproletariats

Halle, 17. Juni. Bisher sind im Reich insgesamt etwa 26 000 Holzarbeiter ausgeperrt. Die Holzindustriellen, die geglaubt hatten, daß schon ihre Ausperrungs-Drohung die Holzarbeiterschaft durch und widerstandslos einen Lohnabbau schluden lassen würde, haben sich verpöbelert und mögen sich nun die Profitmacherei — im Holzgebiete ist teilweise noch gute Konjunktur — nicht verbitten. Aber wenn 26 000 Holzarbeiter auf der Straße liegen, so ist das gerade Provokation genug. Der Umfang der Holzarbeiterausperrung nimmt außerordentlich zu, und die Ausperrung erstreckt sich heute schon auf ganz Süddeutschland (Baden, Württemberg, Bayern), Thüringen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und die schon vorher im Kampf stehenden Bezirke Hamburg und Schlesien. In einzelnen Orten ist nur eine teilweise Ausperrung erfolgt.

Nach allen Erfahrungen ist vorauszu sehen, daß die Holzindustriellen, wenn ein Teil der Holzarbeiter, der jetzt allein im Kampfe steht, müde geworden ist, erst die anderen ausperrten, die dann wiederum allein stehen. Das aber muß verhindert werden! Es kommt jetzt alles darauf an, daß alle Kräfte zusammengeschlossen werden. Keine Kräftezersplitterung, vor allen Dingen

heraus aus allen Betrieben, die für Streikarbeit in Frage kommen!

Stellt überall eure Lohn- und Arbeitszeitsforderungen, aber achtet dabei darauf, daß nicht eine Kategorie — zum Schaden der Gesamtbewegung — gegen die andere sich auspielt! Möbel- und Möbelfabrikanten, Hilfsarbeiter und Gehilfen, alle müssen sie berücksichtigt werden und die jetzt schon bestehende Lohnspanne verringert werden!

Denk die großen Unterschiede, oft sogar bei gleicher Leistung, sind eine bewußte Methode der Unternehmer, um die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu lähmen und um allen Kategorien bei passender Gelegenheit die Löhne herabzudrücken.

Der 18. Januar als Nationalfeiertag abgelehnt

Eine Niederlage der deutschnationalen Regierung

Das wichtigste Ergebnis der Reichstagsitzung vom Dienstag war die Abstimmung über die Gesetzesvorlage auf

Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag.

Bekanntlich hatte der Hauptanspruch den vom Innenminister Schiele vertretenen Antrag angenommen. Im Ausschuß war es noch das Zentrum, welches hierzu Hilsendienste leistete. Die Abstimmung im Plenum ergab die Ablehnung des Antrages mit 193 gegen 138 Stimmen. Schon die einfache Abstimmung ergab für jeden, daß der Antrag abgelehnt war, trotzdem sollte der Präsident Köbe mit, daß sich das Präsidium über das Ergebnis nicht einigt. Die deutschnationalen Mitglieder des Reichstags vernachlässigten dadurch eine Abstimmung durch Himmelpflanzung. Genosse Höllein beantragte, daß den deutschnationalen Schriftführern auf Kosten des Reiches eine Stille zu bewilligen sei, damit sie immer und nicht nur dann, wenn es ihnen angenehm sei, richtig sehen können. Gegen den Antrag stimmten außer den Kommunisten Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum auch Teile der bürgerlichen Volkspartei. Diesen Herren ist der 18. Januar wohl deshalb nicht angenehm, weil bei der Schaffung der Einheit des Deutschen Reiches 1871 die Bayern nur widerwillig den Anschluß an das Deutsche Reich vollzogen hatten. Herr Schiele machte ein sehr verlegenes Gesicht. Wird er nach dieser Niederlage zurücktreten?

Bei der Abstimmung wurde ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten und ein Antrag auf Verlegung des Ausführungsgesetzes zu Art. 48 der Reichsverfassung dem Reichsausschuß überwiesen.

Bier Millionen Mark für die amtliche Streifbrennerei

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Technischen Notiz. Daß Minister Schiele die Streifbrennerei, die unter dem Namen Technische Notiz bekannt ist, verteidigt und sich kategorisch weigert, sie abzubauen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. In der heutigen Sitzung brachte er das aber noch einmal ausdrücklich zum Ausdruck. Im vorigen Jahre hatte die Technische Notiz, deren Organisationsapparat allein über 400 Beamte verfügt, einen Reichsausschuß von 3 200 000 Mark

Die Provokation der Holzindustriellen, die der Arbeiterschaft logar die gewerkschaftliche Organisation verboten wollen, ist eine Angelegenheit der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

In allen Industrien sind die Unternehmer, treulich geführt von der Hindenburg-Butler-Regierung zu neuen Angriffen auf die Arbeiterschaft, zur Verfestigung der Arbeitsbedingungen, übergegangen. Die Forderungen der holländischen Metallarbeiter, die hinter vielen Teilen des Reichs zurückstehen, werden von den Industriellen zurückgewiesen. Im Rheinland, Berlin, Magdeburg, Sachsen, überall stehen Arbeiter im Kampf um Lohn und Brot. Darum, Arbeiter: Nehmt sofort Stellung in allen Betrieben und Gewerkschaften! Stellt geschlossen eine

geschlossene Abwehrfront

her. Kämpft insbesondere für die Gewerkschaftseinheit! Arbeitet wieder aktiv in den Gewerkschaften! Sonst gewinnt die Hindenburg-Reaktion immer mehr Oberhand, sonst werden die Läden des Dawes-Pakt's noch immer drückender auf eure Schultern gebürdet.

Die Meldungen aus dem Reich zeigen, daß der Kampf um Achtstundentag und höhere Löhne begonnen hat! Schließt Euch überall an, damit aus der Verteidigung gegen die Provokation der Konterrevolution auch wieder der Angriff der Arbeiter auf die bankrotte kapitalistische Gesellschaft entstehen kann.

Eisenbahner-Abbau im Reich

Berlin. Nach einer Meldung des „Volksanzeigers“ beabsichtigt die Reichsbahn-Gesellschaft, die Eisenbahnwerkstätten Berlin II, Marzahnstraße, Berlin-Schönerberg, Breslau IV, Ernst, Minden, Mainz, Gießen, Bielefeld, Hannover, Braunschweig, Magdeburg-Budau vollständig zu schließen. Die Werkstätten Kottbus und Schmerin sollen teilweise stillgelegt werden.

erhalten. Sie ist damit nicht ausgetommen und im Wege der Staat-übernahme sind ihr 665 000 Mfr. mehr zugeflossen worden. In diesem Jahre werden verlangt 2 687 000 Mark, was der unternehmerrfreundliche Minister damit rechtfertigt, daß der Geldwert verlorengegangen sei. (Wird Schiele das bei der Begründung von Lohnveränderungen gelten lassen?)

Der Regierungsvorschlag stellte sich hinter den Minister und verteidigte die Technische Notiz als eine „absolute Notwendigkeit“. Das Zentrum dagegen hat schon etwas Bescheideneres. Ein württembergischer Zentrumsabgeordneter brachte einige eckelante Fälle zum Vortrag, in denen die Teno so offensichtlich als Streikbrecherrolle eingesetzt wurde, daß selbst die Regierungskreise in Verlegenheit gerieten. Am den Wälden zum Abbau zu demonstrieren, beantragte daher das Zentrum, den über 3 Millionen hinausgehenden Mehrbetrag zu streichen. Die sogenannten Demonstrationen konnten sich noch nicht einmal dazu aufschwingen. Sie beantragten als Demonstration den Abriss von 100 000 Mark.

Für die kommunistische Fraktion warb die Genosse Brühorn schärfer gegen die amtliche Streifbrennereiorganisation, die ausschließlich ein Kampfmittel des Unternehmertums und seiner Regierungsgagenten gegen das Proletariat ist.

Der kommunistische Antrag, die Ausgaben für die Teno zu streichen, wurde abgelehnt. Es stimmten nur noch die Sozialdemokraten dafür.

Mit knapper Mehrheit wurde dann der schwächliche Zentrumsantrag angenommen, aber die Deutschnationalen haben im Plenum bereits wieder den Antrag eingebracht, die von der Regierung geforderte volle Summe zu bewilligen.

Im Plenum wird Genosse Jabsch mit der Technischen Notiz abrechnen.

Zum Mord die freche Lüge

Ganz nach dem Muster der holländischen Polizeiorgane

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Juni.

Vom Innenministerium wird ein Bericht über die Zusammenhänge in Teltow veröffentlicht, der von unverschämten Lügen geradezu kragt und den Kommunisten die alleinige Schuld in die Schuhe schieben will. Wie objektiv dieser Bericht ist, beweist der Umstand, daß von den beschlossenen Arbeitern bisher noch kein einziger vernommen worden ist. Sovering gibt einen Bericht, in dem er nur die Wörter zu Worte kommen läßt. Daß die Kommunisten nicht die Angreifer waren, zeigt auch der Umstand, daß die Verlegungen durchweg Kündigungen sind. Soverings Taktiken haben verschwindet, um den wahren Schuldigen hinführen zu können. Er würde dem Vater des ermordeten Arbeiters nicht erlaubt, Vertrauenspersonen für die Untersuchung der Leiche hinzuzuziehen.

Sicherheitspakt — ein Kriegsprogramm gegen den „wachsenden bolschewistischen Einfluß“

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Juni.

Nach den letzten Meldungen sollte die gestern überreichte Sicherheitspaktnote erst am Freitag veröffentlicht werden. In der französischen Presse, die bereits zu ihr Stellung nimmt, kommt der Charakter des Garantiepactes als Bündnispaakt gegen Sowjet-Rußland unabweislich zum Ausdruck. Ein offizieller Artikel im Pariser „Temps“ vom 15. Juni prüft sehr deutlich und unummunden aus, daß der Pakt „wie jeder Pakt europäischer Mächte“ gegen die Sowjet-Union gerichtet sei. Alle Weltmächte müßten sich gegen den wachsenden bolschewistischen Einfluß, der sich u. a. auch in China und Marokko zeige, zusammenschließen. Die Sowjetregierung, so führt das Pariser imperialistische Organ aus, dürfe das große Werk der Annäherung der „zivilisierten“ Nationen nicht hintertreiben. Es werde sich eines Tages eine internationale Solidarität gegen die kommunistische Gefahr bilden.

Die D.M.Z. schreibt in großer Aufmachung: „Englands letztes Heft, die Einheitsfront Europas gegen Rußland.“ Deutlicher kann die kapitalistische Reaktion ihre wirtlichen Absichten mit dem angeblichen Friedensinstrument „Garantiepaakt“ nicht enthüllen.

Die Pariser kommunistische „Humanité“ bestätigt durchaus unsere Befürchtungen, indem sie in bezug auf den Garantiepaakt schreibt, daß die englische Diplomatie die unerhörtesten Anstrengungen macht, um Deutschland zur Annahme des Pactes und dann zur Abwehr vom Kapalle-Vertrag zu bewegen. Innerhalb des Pactes würden die Gegensätze zwischen den einzelnen Mächten fortwähren. Das gemeinsame Ziel bestände lediglich darin, eine gemeinsame Front gegen Rußland zu schaffen.

Obgleich die französische Antwort auf das deutsche Garantiepaatangebot noch nicht im Wortlaut veröffentlicht worden ist, ist es nicht zweifelhaft, daß die in obigen Meldungen ausgezeigte Tendenz des ganzen Sicherheitspactes durchaus richtig gesehen ist. Die großen Zeitungen der Bourgeoisie halten es heute nicht mehr für notwendig, die offene Spitze des Garantiepactes gegen Sowjet-Rußland irgendwie abzuschwächen. Und mag auch der Wortlaut der französischen Antwort, die dieser Tage bekannt wird, schließlich mit unklaren Begriffen operieren, die große Bourgeoisie hat eine Verschleierung der Pläne der weltlichen Imperialisten nicht mehr für nötig. Soweit sind wir schon gekommen!

Wird der geplante Garantievertrag unterzeichnet, dann wird tatsächlich die wichtigste Etappe in der europäischen Politik seit Versailles erreicht sein. Die Unterzeichnung würde nichts anderes bedeuten, als daß nun auch die Deutschnationalen und Hindenburgianer endgültig den Sieg der Entente und den Versailles-Vertrag anerkennen. Aber nicht nur das, darüber hinaus würde die Zustimmung gegeben sein dazu, daß Hindenburg-Deutschland einestanden ist mit allen Nationen, die der Völkervereinigung, dieses ausserordentliche Werk der Entente imperialisten, unterstützen wird. Welches sind die beachtlichsten Nationen des Völkervereins? Es geht natürlich gegen Sowjet-Rußland, diesen Pfahl im Fleische der kapitalistischen Welt, wie in letzter Zeit besonders Marokko und China bewiesen haben, wo die ausgebeuteten Kolonialvölker in tiefer Sympathie zu Sowjet-Rußland sich gegen ihre Unterdrücker erhoben haben. Die Kraftquelle aller Ausgebeuteten in der Welt, Moskau, soll vernichtet werden.

Solange noch auch nur die Ueberbleibsel eines Kapalle-Vertrages bestehen, solange Deutschland noch nicht wie alle anderen Randstaaten um Sowjet-Rußland einbezogen ist in die militärische Front gegen die zünftigen Arbeiter und Bauern, solange kann der geplante Plan des Angriffs auf die Sowjet-



Das alte Schlagwort der imperialistischen Propaganda.

Unien nicht recht vernünftig werden. Darum ist besonders Frankreich das wichtigste am Garantierwerden, daß der bedingungslose Durchmarsch von sogenannten Völkerbundstruppen durch das deutsche Reichsgebiet zugelassen wird.

Das ist das Entscheidende in den ganzen Verhandlungen zwischen Paris, Berlin, London und umgekehrt. Die Hindenburgianer geben auch mit Rücksicht auf die Selbsthülfe Deutschlands an zugunsten der Möglichkeit, unter dem Oberbefehl der Entente als Soldatenführer deutsches Schlachtvolk für Ententeinteressen gegen Sowjet-Rußland zu liefern.

Für diese Ungeheuerlichkeit hat die deutsche Bourgeoisie allenfalls das ungeheure Verbrechen, daß dieselbe einmal im Juli und die Döhring-Revolution werden konnte und daß dieselbe logar der Unfähigkeit Österreichs gestirbt wird.

Das wertigste Volk hat mit den ganzen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland, die unter dem Namen „Garantiepatte“ gehen, nicht das geringste zu tun, genau so, wie es mit der Kriegsbilanz vor 1914 nicht zu tun hatte. Aber es war dies nicht nur so, sondern das Proletariat von einem neuen 4. August überführt wird. Diesmal gibt es eine große Kommande der Partei in Deutschland, die nicht dulden wird, daß die rein kapitalistische Interessen wieder Millionen bluten lassen. Diesmal hat die deutsche Arbeiterklasse die reiche Erfahrung des Krieges von 1914 bis 1918 hinter sich, und sollen die Ententeoffiziere und mit ihnen im Bunde die deutschnationalen „Patrioten“ ein Zänkelein gegen die russischen Arbeiter und Bauern wagen. So sollen sie sich in rechtzeitig besten Bewußt sein, daß eine solche Schmachte sehr leicht die Revolution auslösen kann. Nur wird dann die Revolution nicht die halbe Revolution vom 9. November 1918 sein, sondern entsprechend den tiefsten Erfahrungen der deutschen Proletariat die proletarische Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats.

Prämien für die Großen — Steuerraub an den Kleinen

Der Steueranstoß des Reichstages behandelte am Dienstag den 15. Juni über die Vermögenssteuer. Die Luther-Schleibens-Regierung geht auch in der Vermögenssteuer den planmäßigen Wenden der Reichstagen fort. Das Gesetz ist ein bewußt kapitalistischer Charakter. Nicht nur dadurch, daß das Vermögen mit genau bemessenen Steuerstufen von 5 v. H. bis das große Millionenvermögen belastet wird, und somit das künftige Betriebsvermögen eines Kleinbauern und Kleinverdienenden mit dem Millionenvermögen der Konzernmächter verknüpft auf die letzte Stufe der Besteuerung zu bringen, sondern auch durch die Vermögenssteuererhöhung gegenüber den kleineren Vermögenswerten, die in der Vermögenssteuerordnung durchgehenden Steuererhöhungen ausbleibt. Diese Aushebung der bisherigen Steuererhöhungen ist ein aufreißender Stachel. Denn diese Zuschläge waren gedacht als der steuerliche Ausgleich für die im Steuerkompromiß der Weimar-Regierung vorzunehmende Aufhebung des Reinkommens. Der letzte Verzicht auf die Weiterhebung der Vermögenssteuerzuschläge bedeutet mithin eine Strafe für die wenigen Steuererhöher in Deutschland, die ihre Reinkommensentlastung leinertest fort besetzt haben und eine direkte Prämie für die Steuerhöher, die sich ihre Steuer Hundert Millionen und man kann genau feststellen. Aber die Reichstagen bringen dem Gesetz nach eine weitere Wagnisgabe: Sie setzen das Vermögenssteuergesetz, das man 1922 zur Fälligkeit der steuerlich so schamlos ausgeplünderten Proleten gemacht hatte, außer Kraft, bevor man es auch noch nur ein einziges Mal angewendet hatte.

Für die Kommunisten befristete

Genosse Böckler
Die rechtschleimliche und antijohanne Tönding der neuen Vermögensbesteuerung. Er brandmarkt den Versuch, die kleinen Betriebsvermögen von 5000 RM. genau so zu belasten, wie die größten. Er wolle der Schwindler der Reichstagen Behauptungen über die enorme Verschönerung der deutschen Bourgeoisie auf und forderte eine wirksame Bekämpfung der größeren Vermögen, die nicht nach Tausendern, sondern nach Hunderttausenden zu bemessen sei. Er fragte schließlich die Regierung, wie sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, in der dem Ausschuss vorgelegten Aufstellung den durchschnittlichen Betrag der Vermögenssteuer auf 500. 2. Die Vermögenssteuererhöhung auf die Vermögen über 100 000 RM. befristet;
3. in neuen Bemessungsmaß für die Vermögen der systematischen legalen Vermögensverschönerung Tör und Tor sowie
4. in Vermögenssteuergesetz schon dafür Vorzüge getroffen habe, daß im laufenden Etatjahre nur zwei Vierteljahrstraten als Voraussetzung erhoben werden sollen.
Die Regierung schmeigte sich darüber aus.

Eine Verfassungsfeier des Reichsbanners Hindenburg eingeladen

Berlin. Die Mittag- und Abendpresse vom Dienstag meldet eine für d. 11. August angelegte große Verfassungsfeier des Reichsbanners, zu der auch Hindenburg und die Reichsregierung eingeladen ist. Als Vertreter der Luther-Regierung wird der Reichsminister Schiele besonders erwähnt. Nach weiteren Informationen ist in der Frage der Einladung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung die Entscheidung noch nicht endgültig gefaßt, sondern infolge von Widersprüchen verhandelt worden. Die Reichspresse polemisiert heftig gegen das Reichsbanner und stellt die Einladung an Hindenburg als eine Art Laßtlosigkeit dar.

Einer, der amnestiert wird

Einer der Bestreiter der Reichenau-Mörder war der Fabrikant Rüdigermeier in Freiberg i. S. Er ließ das Auto, er hatte ein gewisses Wissen und er sich selbstverständlich ins Ausland. Dinstag wurde er ihm der Staatsgerichtsamt zum Schein der Republik freies Geleit, wie sich das eben hier unter der Auflage auf Befehle zum Wort folgende Folgenden gebührt.
Der Rüdigermeier inspiert jetzt in Freiberg herum und meldet sich von Zeit zu Zeit auf der Polizei, die ihm befehligen, daß er noch da ist.
Warum soll er auch fürchten?
So eine republikanische Regierung will, wird er amnestiert, denn er ist einfach kein Prolet, zweitens liegt seine Straftat vor dem 1. Oktober 1923 und drittens und schließlich kann man nicht von der Bourgeoisie erwarten, daß sie die Mitglieder ihrer Klasse angreift und ins Koch sperrt.

Die „Krautsbürgertliche Pflicht“ der Spindel

(Eig. Draht.) Leipzig, 17. Juni.
Im Mecklenburger Epistelprozeß kam es zu einem Zwischenfall, der die geistige Verfallung des Staatsgerichtshofes mehr als sonst zeigt. Als der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld die Spindel als Lumpen beschiedne, antwortete der Vorsitzende: „Der Rechtsanwalt, die Leute haben nur ihre krautsbürgertliche Pflicht getan.“

Die Lage in Frankreich Poincaré vor dem Sturz?

Paris. Man ist hier der Ansicht, daß die nächsten Tage unter Umständen für das Kabinett Poincaré verhängnisvoll werden könnten. Die Marofffrage und Caillaux' verändertes Finanzprogramm zwingen die Sozialisten zu einer Wendung ihrer bisherigen Politik der Billigkeitsvollen Zustimmung und des möglichst weichen Abwartens. Faure, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, erklärte, die Finanzprojekte Caillaux' entsprechen nicht dem sozialistischen Programm. Die Sozialisten legen den Plan einer Kapitalsteuer vor, die sogar eine Vermögensabgabe vorzöge, doch bestehen gegen diesen Plan noch Widerstände in der Sozialistischen Partei selbst. In die Partei fließen viele Begehren ein, die sofortigen Friedensschluß, sofortige Entlassung der Sozialisten aus der Militärreise in Maroka dafür festgelegt, daß Frankreich nicht Frieden schließen, bevor Abd el Kerim auch die spanische Zone geräumt habe.

Caillaux und Herriot stellten am Sonntag Abend. Der eine, wurde vor einer „Wahl der Missionen“, der andere, Herriot, fragte parteihaft: „Wer soll Frankreich den Frieden geben?“ Die Frage beantwortet: „Die Reichspresse prophezeit den Sturz Poincaré am Ende der Woche, doch nur Caillaux' Finanzprogramm das Projekt einer erhöhten Einkommensteuer entgegensteht.“

In dem allen kommt die kommunalistische Interpretation Doriat, die auf Grund eines autoritativen Berichtes, daß nicht nur die bürgerlichen Führer des Linksflüßes, sondern auch die Sozialisten längst vor Kriegsbeginn im Angriffskomplot gegen Maroff waren. Da trotz der letzten für das Kabinett erfolgreichen Wahlen ein neues Kabinett einen weiteren Auf nach rechts bedeuten würde, werden sich die Sozialisten wahrscheinlich doch hüten, heute schon den Linksflüß zu sprengen.

Verchiebung der Maroffdebatte

(II. Paris, 17. Juni. In der Kammer erschien Poincaré gegen 5 Uhr, der von den Bänken der Radikalen und der Opposition mit lauten Beifallsrufen begrüßt wurde. Allgemein fiel die Zustimmung gegen die reaktionären Arbeiter vor sich, daß heute das Datum der Interpretationen über Maroff festgelegt wurde. Darauf erklärte Poincaré, er könne der Kammer jetzt keine ausführlichen Angaben machen, jedoch werde er der Kammerkommission sofort zur Verfügung und werde gemeinsam mit ihr ein Datum für die öffentliche Debatte festlegen. Die Maroffdebatte sei vor allem ein nationaler Frage. Poincaré wurde ausdauernd von Journalisten unterbrochen. Er begründete seine Haltung mit dem kurzzeit in Spanien geführten Verhandlungen. Der Antrag auf sofortige Beendigung der Maroffdebatte wurde schließlich mit 436 gegen 34 Stimmen der Kommission abgelehnt. Von 100 Sozialisten haben sich ungefähr 85 der Stimme enthalten. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag festgelegt. Die Maroffdebatte soll nicht vor nächster Woche stattfinden.

Sozialdemokratische Arbeiter gegen den Maroffkrieg und für die Baroden der SPD.

(Eig. Bericht.) Paris, 15. Juni.
In dem Maße, wie Poincaré, unterstützt von den 105 sozialdemokratischen Parlamentariern mit Hausparlamenten und Vertretungen gegen die reaktionären Arbeiter vor sich, in demselben Maße werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren bisherigen Führern ab und nehmen die kommunistischen Baroden an. So wurde auf einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung in Clamart eine Resolution einstimmig und im Einverständnis mit dem Vorbehalt der Verammlung angenommen, in der es zum Teil heißt:

„Die Verammelten brandmarken den neuen imperialistischen Vorstoß in Maroff und erheben sich einstimmig gegen die Haltung der sozialdemokratischen Kammerabgeordneten zur Marofffrage... Wir gehen auseinander mit dem Ruf: Sofortiger Frieden mit dem Ziel Militärische Räumung Maroffs! Gehe die Einheit des Proletariats über den Kopf der sozialdemokratischen Führer hinweg!“

In Kontostelle hat das ganze Stadtparlament, bestehend aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten, einstimmig eine Resolution beschließen gegen die militärischen Operationen in Maroff und fordert: 1. eine sofortige Aufnahme der Friedensverhandlungen, 2. Anerkennung der Rätepolitik.

Kommunismus in einem französischen Regiment

(Eig. Bericht.) Paris, 17. Juni.
Wie dem „Journal“ aus Angoulême berichtet wird, stellt die Militärbehörde gegenwärtig eine Untersuchung wegen angeblicher Organisation einer kommunistischen Zelle in einem Regiment der dortigen Garnison an. Mehrere Unteroffiziere seien in Haft genommen worden.

52 Stunden ohne Lebensmittel und ohne Munition Aus dem Brief eines französischen Soldaten der Freydenberg-Gruppe aus Maroff an seine Mutter

Die Pariser „Humanität“ veröffentlicht folgenden Brief:
„Wie Du siehst, bin ich nicht tot, obwohl von Alger aus das Gerücht verbreitet wurde, daß unsere Kolonne aufgegeben sei, aber es hat immerhin nicht viel daran gefehlt.
Wir sind 52 Stunden lang ohne Lebensmittel und ohne Munition eingeschlossen gewesen. Ich habe fest geglaubt, daß die letzte Stunde gekommen sei. Wir mußten uns mit blanker Waffe vorwärts machen.“

An die Arbeiter, Bauern- und Studentenjugend Chinas!

Liebe Genossen!
Der kommunistische Jugendverband Deutschlands verleiht mit Begrüßung den Befreiungskämpfern des chinesischen Volkes. Wir wissen wir, daß die imperialistischen Staaten der ganzen Welt in dem chinesischen Volk nur ein Ausbeutungsobjekt sehen und versuchen werden, ihre Machtgelenke mit den grammatikalischen Mitteln durchzuführen. Dadurch, daß man Arbeiter und Bauern, die gegen ihre Ausbeutung kämpfen, einschließen von dem imperialistischen Schergen niederschlagen ließ, wollte man das chinesische Volk einschüchtern und vom Kampf abhalten. Aber wir wissen, daß eine Macht imstande sein wird, die Reichsaktion über China zu verhängen, wenn das gesamte Volk, Arbeiter und Bauern, im revolutionären Befreiungskampf einig und geschlossen auftritt. Wir wissen daher die gegen den imperialistischen Kampfenden Chinesen. Wir wissen, daß die Kommunisten Deutschlands werden mit allen Mitteln versuchen, das uns noch heute freudebringende Klassenjoch des Kapitalismus abzuschießen, denn unsere Befreiung wird ein Schritt zur Niederwerfung Eurer Feinde sein. Wir rufen Euch zu: Der Kampf um Eure Befreiung ist unser Kampf!
Vorwärts unter dem roten Banner der dritten Internationale!
Es lebe die Unabhängigkeit Chinas!
Es lebe der revolutionäre Befreiungskampf aller Ausgebeuteten!

Berlin, 15. Juni 1925.
Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands

teiligen. Das ist noch schlimmer als das Gemetzel, das ist endlich anzuschauen. Aber ich glaube nicht, daß das lange an dauert. Wir sehen erst einen Monat im Kampf und schon ist unsere Kompanie auf die Hälfte zusammengeschmolzen. Das kann so nicht weitergehen. Die Leute haben es mehr als satt: die unerbittlichen Anstrengungen, den Hunger, den Durst und die Kälte, die uns aufsteifen.
Ich weiß nicht, wie das unten soll; wir sollen jedwede Macht in Maroff bleiben, vorausgesetzt, daß man nicht jetzt daraus macht.“

Aus dem Land der Galgen und Folterkammern

Wie die „Bolschewistische Zeitung“ aus Sofia erfährt, erklärte der Abgeordnete Maroff, daß in ganz Bulgarien 3194 Verurteilungen wegen „kommunistischer Untat“ verhängt wurden. Gegen 1182 sei die Unterdrückung bereits durchgeführt worden. Von den 105 bisher begangenen Unterdrückungen seien 44 abgelehnt und die übrigen den Feldgerichten übergeben worden. 25 Prozesse seien bereits durchgeführt.

Über 3000 Opfer in bulgarischen Revolverkämpfen bedeutet an und für sich schon eine ungeheuerliche Verwüstung der revolutionären Arbeiter und Bauern in diesem kleinen Lande. Aber man weiß ja aus dem „kommunistischen Untat“ Bericht, wie maßlos die Wut über die Zahl und Lage ihrer Opfer zu beschaffen pflegen. Der Artikel „Auf der Front erschossen“, „made in Germany“, ist ungenügend belächeltes Einfuhrprodukt für Bulgarien.

Sozialdemokratische Stütze für den Henter Zankoff

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Balkankonferenz bedeuten, daß die 2. Internationale das Verhalten der Zankoff-Deute und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer billigt. Deutlich wird die Moskauer (Eig. Draht.) Prag, 17. Juni.



Zankoffs Anerkennung an die S.P. Bulgarien. Wenn wir Euch und den dahnien nicht helfen, dann lachst!

Sehe durch die Verurteilung der von außen kommenden Aktion weitergeführt. Mit besonderer Wollust werden in der angenommenen Resolution die „Attentate“, „Mordtaten“ und „Künderien“ der Kommunisten und Bauernpartei gerühmt. Denn wird den bulgarischen Sozialdemokraten das Zeugnis ausgestellt, daß sie richtig gehandelt hätten. Bekanntlich wurde die Zankoff-Regierung nicht nur mit einem sozialdemokratischen Minister, sondern auch später nach Austritt der Sozialdemokraten aus der Koalition unterstellt.

Beteiligung der Sozialdemokraten an der polnischen Terrorregierung

Warschau. Die polnische Regierungspresse stellt sich weiter dem Vorwurf des Ministers Litwinski, der verurteilt war durch die Unfähigkeit der ukrainischen und weißrussischen Nationalitätenfrage trotz wütenden Terrors, hind zwei weitere Ministertage. Nun hat der Ministerpräsident Grabzki den Sozialdemokraten und Außenminister von 1918, Leo Wollenski, telegraphisch nach Warschau berufen. Wollenski soll Litwinski Nachfolger werden. Im Moment der gesteigerten wirtschaftlichen und politischen Krisen pflegen nicht nur die deutschen, sondern ebenso die polnischen Sozialdemokraten und Barone Sozialdemokraten als letztes Befehlsmittel in die Regierung zu berufen.

Während der Untersuchung ermordet

Warschau, 16. Juni.
Im polnischen Sejm kam es gestern zur Abstimmung über zwei Entwürfe der weißrussischen Abgeordnetenkammer. Der erste richtete über einen Verstoß auf den radikalen weißrussischen Abgeordneten Yermoloff, der wegen Aufhebung der Rechte und das christliche Zentrum niedergestimmt. Der zweite Antrag richtete über die Ermordung durch die politische Polizei des „kommunistischen Agitatoren“ Wozniowicz und die furchtbare Mißhandlung des Lehrers Waganoff.

Der Minister des Innern Dziniski ergriß das Wort, um nachzuweisen, daß der Ermordete kommunistische Tätigkeit in der gestrigen russischen Grenzzone geführt hatte und daß die Wörder keine Sozialagenten, sondern „Konfidenten“, d. h. besetzte Proletariate waren, die den Wozniowicz so lange und gründlich „unterzogen“, daß er während der darauffolgenden Nacht kurz. Der Minister protestierte gegen die Beschuldigung des Ministers, das an dieser Selbstentlastung keine Schuldfrage, müßte aber mitteilen, daß gegen den Oberstleutnant Waganoff und seine Offiziere ein Verfahren eröffnet werden müßte. Eine Entschädigung der Familie des Ermordeten komme nicht in Frage, da die Wörder keine „Staatsbeamten“ wären. Zwischen dem Abgeordneten Yermoloff: Bei der handreichlichen Beschuldigung des „kommunistischen Agitators“ durch die Konfidenten Yermoloff als Staatsbeamter betraut. Der Antrag auf Bestrafung der Schuldigen und Einsetzung einer Untersuchungskommission wurde mit 103 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Wirtschaftskrise in Oberschlesien

Breslau. Infolge der Zollkettigkeiten ist die obererschlesische Grenze gegen Polen geschlossen worden. In polnisch Oberschlesien deshalb sofort 20 000 Bergarbeiter entlassen werden; 60 000 liegen bereits auf der Straße. Eine furchtbare Krise liegt den Bürgern der Bergungen in den tendenziös übertrieben, aber die Schuldigen und Einsetzung einer Untersuchungskommission wurde mit 103 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Verbindet die Betriebe mit den Opfern des Klassenkampfes

Bildet in allen Betrieben Zellen der „Roten Hilfe“

nellen Betrieb eine eff. hyn. zwölfstündige Arbeitszeit billigt und von der Beschäftigung hingenommen werden, während im Tarif für Arbeit über Tage zehn Stunden festgelegt ist. Insbesondere wurde auch Sonnabends länger gearbeitet, so daß jetzt der Bergarbeiterverband eingegriffen hat. Er vereinbarte Sonnabends 8 1/2 Stunden, für die übrigen Wochentage zehn Stunden Arbeitszeit. Die Direktoren an die kleinen Industriebetriebe sind ebenfalls Jahren genötigt, hat nun einen neuen Fortschritt und eine Umgestaltung dieser Vereinbarungen verlangt. Sie billigte, daß im Betrieb eine Stunde Mittags, eine halbe Stunde Frühstücks, und eine halbe Stunde Pausenpause gemacht werden und die Arbeiter von jetzt bis jetzt Uhr, also gemäß dem Tarif, im Betrieb sein müssen. Durch Ausübung nach, also dem Beschäftigten, daß, wer sich dieser Pauseneinstellung nicht fügen, entlassen würde. Die Beschäftigten aber bestanden darauf, daß sie nur elf Stunden im Betrieb sein will und die Pausen auf eine halbe Stunde Frühstücks, und eine halbe Stunde Mittagspause festsetzen wollten. Die Direktoren aber, die im Gespräch, nach die Beschäftigten in der vorigen Woche um 8 Uhr nachmittags Schluß, worauf die Aussperrung erfolgte. Der BVB hat die Klage eingereicht.

Es kommt nun darauf an, daß die Beschäftigten selbst dafür sorgen, daß die derzeitige Provokation der Direktoren wieder möglich wird, und daß alle Arbeiter in die Gewerkschaft zurückkehren, um hier so zu wirken, daß auch bei der nächsten Tagung zurückgekehrt wird.

Mitteldeutsche Chemiewerker-Konferenz

Am Sonntag, dem 14. Juni, tagte in Bitterfeld eine Konferenz der chemischen Betriebe Mitteldeutschlands. Alle Betriebe hatten ihre Vertreter entsandt. Der amnestischen der Großbetriebe Zeuna, Schönebeck, Chemnitz, Eisenhüttenwerk, Wittenberg und Schönebeck vertreten. Von dem Reichsindustrieller der Chemie wurde ein Referat über die Lage der chemischen Industrie im nationalen und internationalen Maßstabe gehalten. Weiterhin gab insbesondere einen Überblick über die chemische Nahrungsmittelindustrie.

Die Fragestellung lag in der Tischschloßwerke ist die Nahrungsmittelindustrie. Dort sind alle in der chemischen Industrie zu verortet. 50 Prozent des Staatsbudgets werden für Nahrungsmittel bereitgestellt. Italien beschäftigt nahezu 300000 Arbeiter in der Chemie. In der Chemie herrscht dort seit der Wirtschaftskrise durch die Fälligkeit der Neuwahlentag bei einer Entlassung von 10 bis zu 20 Prozent. Die Fälligkeit haben das Organisationsproblem nicht gelöst. Der kommunistische Kampf wird, die Gewerkschaften hätten sich zulebende. In Frankreich ist die Nahrungsmittelindustrie vollständig, so auch in England. Es wird wiederholt produziert.

In Rußland arbeitet die chemische Industrie für den Bedarf des Sowjetlandes. Die Böden sind dort höher als in der Vorkriegszeit, während sie in Deutschland immer unzureichender werden.

Die Lage in Deutschland, und speziell in Mitteldeutschland, wo die chemische Industrie sich immer mehr ausdehnt, behandelt in einem besonderen sehr aufklärungsreichen Referat ein Vertreter der Zeuna. Von den Anwesenden beteiligten sich die Vertreter aller Werke. Die Gewerkschaften beteiligten sich von allen gefördert und am 5. Juli in Leipzig tagenden Verbandstag des BVB die Aufgabe gestellt, endlich die Aufnahme der Industrie-Verbandes der Chemie zu beschließen. Einzelne Betriebsvereinigungen haben schon Stellung genommen und entsprechende Schritte unternommen. Chemiewerker liegt eine Einladung vor zum Studium der Verhältnisse in der russischen Chemie. Alle Redner erklärten, man müsse die Einladung Folge leisten, zumindest einen Delegierten entsenden und Klarheit über die wahren Verhältnisse in einigen Arbeiterkreisen auch unter den chemischen Industrie-Arbeitern zu schaffen.

Gemeinlich: Bericht in den Betrieben Bericht über die inhaltliche Lage!

Die Weihenstepfener Maier zum Verbandstag

Am 9. Juni fand in Weihenstepfen eine Mitgliederversammlung der Maier statt, in der eine Reihe wichtiger Anträge an den Verbandstag gestellt wurden.

1. Der Verband der Maier solle eine Delegation nach Rußland entsenden, um das Studium der Arbeits- und Lebensweise der Arbeiter in der Sowjetunion zu untersuchen und eine einheitliche Entlohnung im Reichsgebiet festlegen.
2. Der Verbandstag möge zu dem Offenen Brief der Kommunistischen Partei Stellung nehmen.
3. Der Verbandstag möge Schritte unternehmen, die Ausbeutung der Beschäftigten zu unterbinden und eine einheitliche Entlohnung im Reichsgebiet festlegen.
4. Die Zolleinheit Weihenstepfen beantragt, daß den Beschäftigten, die Mitglieder der Organisation sind, gleiches Mitbestimmungsrecht gewährt wird.

Talshent, die brotreiche Stadt

32 Von Alexander Krowcow.

Es waren keine Stunde. Kein Mensch weit und breit. Nur das leuchtende Sternchenlicht lag ihm ins Gesicht. Michka kam zu sich, die Füße saßen im Wasser, die taubend Kälte, sprang auf, schüttelte sich und begann zu laufen. Er hatte einen merkwürdigen Geruch zwischen den Schienen lagern schmutzige Kirchhöfen. Knochen. Jemand war hier, ist dann weiter gegangen. Vielleicht nur Zigeuner keine Jagd, zusammengetragen, um das weisse Feuer anzumachen, das Schmutz, Dünge und dunkle Laublose Erde. Zwei Kirgisen kamen vorbei, laden Michka an. Michka sah sie an, hob zwei Knochen auf. Ein dritter Kirgise ging mit ausgetrockneten men vor sich Michka zu. Der trat zurück, zur Station. Der Kirgise folgte ihm. Michka keine zitterten, kein Kopf verzerrte sich. Jetzt in der Talshent drückte er sein Messer, seine taubend Kälte, die letzte Freude, die er eine zweite Tüte, die sie leise auf, sprang auf die Hintertreppe, schritt längs eines Gartens. Sein Herz schlug seine eigene Tugenden ihm kaum. Dort aber, auf der Station sprang man mit lauter Stimme und es war kein Wort zu verstehen. Sie hatte früher Michka Frucht gekauft. Jetzt aber wurde er ganz heiß, ließ den Kopf hängen, wachte nicht, was angingen.

Wenn man ihn nicht bemerkt, oder ihm das letzte Hand gegnämmt! Niemand ist da, der für ihn eintritt, niemand würde helfen, wenn er schreit. Er holte etwas Atem, rief weiter, kam an dem Stationsgebäude vorbei, blieb neben einem kleinen Wasserbehälter stehen.

Das Häuschen war unbekannt, die Fensterläden schlossen, das Blech am Dach war zum Teil heruntergefallen, der Ofen zerbrochen, das Häuschen ohne Dienen. Aus einem zerfallenen Fenster lag ein Rotkopfbüchse heraus. Michka's Aneie wurden schwarz. Als er sich etwas entspannte, trat er ängstlich in das unbekannt, schiefende Häuschen.

Die Nacht verging langsam.

Der Wind tobte, geriet am zerfallenen Blech des Daches, lärmte, schlug an die Wände, heulte mit Dünneböden. Es donnerte. In dem Häuschen wurde es hell, als hätte Brand aus. Ein zackiger Schein, wie eine feine, zackige Scheiter, warf seinen Schein in alle Ecken, dann ließ durch die zerfallenen Schichten wieder die schwarze, heulende Nacht.

Es begann zu regnen.

Michka lag in einer Ecke, verdeckte die Hände in den Hemdenärmeln, schüttelte den Körper zusammen, und sein ganzes, einsam, schiefes Häuschen krachte immer jetzt besonders von allem, für immer verlieren. Wie lag er denn jetzt? War er näher an Talshent oder näher an Lopatino? Er und nicht mehr, mo er eher sein werde. Bleichsicht wird er irgendwo ankommen, wird der Weg verlieren, wird trant, bleibt für immer in dieser Steppe.

5. Der Verbandstag möge beschließen, einen Antrag an die Reichsregierung zu stellen, zwecks Bekämpfung für die politischen Gefangenen.

6. Die Schreibweise des Maier's zu letzten Wahlenbestimmungen hat gezeigt, daß die sogenannte politische Neutralität, auf die sich die Spitze der Gewerkschaft bauend berufen, angeblich darin besteht, daß sozialdemokratische Politik treiben. Das beweist der Antrag für Braun zum ersten und für Marx zum zweiten Wahlgang. Die Kollegen, die eine andere politische Richtung vertreten, werden mit ihren Äußerungen, die im Maier's auch ebenfalls aufgenommen werden sollen, einfach abgewiesen werden. Wir fordern, daß auch die kommunistischen Artikel zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen aufgenommen sind.

7. Statutenänderung:

Zu § 4, Ziffer 1 folgender Zusatz: Ein Vertreter der Betriebsräte sowie der Betriebsabteilung, welche an sämtlichen Vorstandssitzungen teilnehmen mit vollem Stimmrecht.

Zu § 4, Ziffer 8: Dieselben haben bei allen Abstimmungen, außer bei Streiks, volles Stimmrecht.

Zu § 4, Ziffer 11: Am ersten Satz, Ersetzung des Wortes „Generalversammlung“ durch „Arbeitsrat“. Streichung des Satzes „Diesem steht das Einspruchsrecht zu“. Dafür: „Dem Zentralverband steht das Einspruchsrecht nur zu, wenn der Gewählte Bergehen triminiertes Art, wie Streikbruch, Unterbrechung von Verhandlungen sich hat aufzuheben kommen lassen.“

Die Wittenberger Metallarbeiter für die oppositionellen Kandidaten

300 Marx für die Streikenden in Nijeresleben

Am 12. Juni tagende Mitgliederversammlung des BVB, Wittenberg nahm Stellung zum Gewerkschaftsfrage und der Aufstellung der Kandidaten. Das erste internationale Referat des Genossen Max Rabemann über die Aufgaben des BVB, des Kongresses wurden die Kollegen Labermann (Eisleben), Blittsch (Salle), Chemnitz (Wittenberg) und als Ergänzung Benfisch (Zeitz) einstimmig bei zwei Sitzungen als Kandidaten aufgestellt. Die Versammlung erwarbt, daß sich alle Kollegen an der Urwahl am 12. Juni beteiligen.

Als zweiter Punkt wurde der Kampf der Nijeresleben Kollegen behandelt. Einstimmig wurde beschlossen, als Solidarität den Betrag von 300 Marx zur Unterstützung der Streikenden abzugeben. Des weiteren wurde folgender Kampfruf einstimmig beschlossen:

Am 12. Juni in Wittenberg tagende Mitgliederversammlung des BVB, spricht den kämpfenden Kollegen von Nijeresleben ihre warmste Sympathie aus. Wir rufen ihnen, den Weg in unserer Front im Bezirk kämpft, haltet aus bis zum endgültigen Erfolg!

Die Eiserter Schuhmacher wählen zwei Rußland-Delegierte

Die von der Zahlstelle des Schuhmacher-Verbandes Eiserter ernannte Betriebsräte-Vollversammlung der Eiserter Schuhmacher begrüßte den Schritt des Einheitskomitees Groß-Züringern zur Entsendung einer Arbeiter-Delegation nach Sowjet-Rußland und nahm Stellung zur Entsendung einer eigenen Delegation nach Rußland. Es wurden gewählt die Kollegen Karl Horn (Eiserter) und Karl Schöfer (Eiserter). Beide Kollegen nahmen die Wahl freudig an.

Es ist Aufgabe aller Gewerkschafter, mit ganzer Kraft darauf hinzuwirken, daß der 12. Gewerkschaftskongress in Breslau eine offizielle Delegation nach Sowjet-Rußland sendet.

Internationale Eisenbahner-Konferenz

Unter dem Schutz der Transportarbeiter-Internationale wird eine internationale Eisenbahnerkonferenz in Bellinzona zwischen dem 30. Juni und 2. Juli abgehalten werden. Man erwartet über 70 Delegierte, die alle europäischen Länder und Britien und Holland-Indien vertreten. Das Sekretariat der Transportarbeiter-Internationale hat einen Bericht über eine Anzahl wichtiger Fragen herausgegeben, darunter auch über den Schiffbau auf den Eisenbahnen. Die Berichte werden Gegenstand der Diskussion auf der Konferenz sein.

Ein Gewerkschaftstag in England

London. Die Vorbereitungen für das nächste von großen Demonstrationen in London und 30 anderen wichtigen industriellen Zentren an „Gewerkschafts-Sonntag“, dem 21. Juni, sind gut vorgeschritten. Sie werden unter gemeinsamer Führung des Gewerkschaftskongresses und der Reichs-Gewerkschaftsbewegung stattfinden. Die

Demonstrationen haben zum Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken und die Gewerkschaften zu unterstützen und auf die Absicht der konservativen Regierungen, den Arbeitlosen zu helfen, durch eine Verminderung der Unterfertigung. Die Demonstrationen werden ebenfalls von der Regierung fordern, auf einer Kreditgrundlage den Handel mit Sowjet-Rußland zu eröffnen und zu entwickeln.

Generalstreik der belgischen Metallarbeiter

(M.) Brüssel, 15. Juni. Der Metallarbeiterverband von Charleroi hat mit großer Mehrheit für Dienstag den Generalstreik beschlossen. Die Vorstände der Arbeitgeber, die eine Betriebszeit der Höhe um fünf Prozent vorsehen, wurden als unannehmbar bezeichnet. An dem Streik werden 150 000 Arbeiter beteiligt sein.

Neue Unternehmer-Provokationen und Kämpfe im Reich

Essen, 17. Juni. Am Sonntag, dem 15. Juni, haben im Waldhüttenbau 4, 7 und 15 der Krupp-Werke die Maschinenarbeiter und Schmiede wegen Gehaltsrückstellungen die Arbeit niedergelegt. Der Betriebsrat leitete die Verhandlungen ab. Die Anträge sollen der großen Zahl von Arbeitern abgelehnt werden. Im Zick- und Brüggel verlangte die Firma eine Abschreibung von 25 Prozent. Die Arbeiter verlangten die Abschreibung in der Höhe des anheftend des Krupp-Werkes festgesetzten Tarifes. Nach Ablehnung dieser Forderungen reichten 90 Prozent der Mitarbeiter ihre Kündigung ein.

Dortmund, 17. Juni. Nach den Dortmund Eisenarbeitern haben sich nunmehr auch die von Wittenberg in der Gewerkschaften der Duisburger Streikenden angegeschlossen und die Arbeit niedergelegt. Der Bereich im Wanne-Ebene Kanal liegt vollkommen still. Die Eisenarbeiter Düsseldorf und Aachen haben beschlossen, ihren Schritt mit der Forderung für die befristeten Stellen zu tun. Die Arbeit ist befristet auch in den leitungsartigen Säulen. Die Stimmung ist sehr gespannt, den die Arbeitseinstellung des Betriebsführer zu verhindern sich bemühen. Die Dortmund Eisenarbeiter haben in einer neuen Massenversammlung die Fortführung des Strekes beschlossen. Die Eisenarbeiter in Hamm fordern eine Lohnmehrung von 60 auf 90 Pfennige und dürfen, da die Unternehmer nur 5 Pfennige bewilligen wollen, in den Streik treten.

Wiesbaden, 17. Juni. Im Anbauarbeiten haben die Schlichtungsinstanzen einen Schlichtungsplan für die Hüttenindustrie gestellt, nach dem die Arbeiter einen Teil der Beschäftigten des Dreifachsystems in längerer Arbeitszeit ebenfalls das verdienen sollen, was sie vorher bei längerer Arbeitszeit verdienten. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 16. Juni schreibt ganz deutlich: „Wenn also die Industrie vor dem ihr unterstellten Gedanken aus ihrem eigenen Verantwortungsbereich heraus zurücktreten wird, 50 ist damit aber noch lange nicht genug, daß nicht eines Tages durch höhere Gewalt der Beschäftigten der rechtlich-ethischen Wertschätzung sich mehr und mehr verlangsamt, das eintrien wird, wogegen man sich jetzt noch mit allen Kräften sträubt“, also eine glatte Sabotageaktion der Industrie.

Wiesbaden, 17. Juni. Die Bauarbeiter des Saal-Gebietes sind in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnmehrung auf 1,13 Mark in der Spitze. Die Unternehmer wollen nur 96 Pfennige bewilligen.

Mannheim. Da die Lohnverhandlungen infolge des starken Widerstandes der Unternehmer gescheitert sind, sind in einer großen Anzahl von badiischen Städten die Bauarbeiter in den Streik getreten. In Freiburg, Freiburg, Kehl, Albern, Emmendingen, Kallat, Karlsruhe und Porsheim stehen insgesamt annähernd 4000 Arbeiter im Streik. In den Großindustriellen Mannheim-Industriegebiet, Heidelberg und Weinheim finden noch Verhandlungen statt, doch ist der Streikausbruch jedes Augenblick zu erwarten. Die Front der Unternehmer ist bereits durchbrochen. Eine ganze Anzahl hat bereits die Forderungen der Bauarbeiter bewilligt.

Magdeburg, 17. Juni. Eine Streikversammlung der Tabakarbeiter in Magdeburg am 16. Juni hat sich zum unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Magistratsrates Bohne, gehalten. Die Arbeiter sind sich einig, einen Streik zu machen, der nicht eines Tages ohne Widerbruch aus. Der Streik, der nunmehr schon über drei Wochen andauert, wird also mit unerminderter Kraft fortgesetzt.

Reddinghausen, 17. Juni. Auf der Zeche „General Mannesmann“ 1 und 2 wurden 50 Arbeiter entlassen. Diese Entlassungen sind das Ergebnis der Verhandlungen der Zechendirektion, der Demobilisierungskommission, des Magistrats der Stadt Reddinghausen und des Betriebsrates der Zeche.

Koblenz, 17. Juni. Die Selbstschutts-Bergwerks-A.G. plant, die Schließung eines der drei Höfen vorzunehmen und eine Anzahl Arbeiter zu entlassen. Der Zustand der Wagnetteile ist die Sachlage der Arbeiter zu machen, daß die Wagnetteile Schritt auf gemeinsam wieder eingegriffen werden kann.

Regen, so, Wind rauschte, Michka oder stand neben dem Rad der Lokomotive, geschäftig nach zweifeln und flüchtig, ohne jemand zu fragen, auf die Lokomotive. Er wärmte sich ein wenig den Händen, dann die Brust. Als die Brust wärmer geworden war, wärmte er wieder den Rücken.

Gegen Morgen hörte der Regen auf. Es wurde hell, schiefte los.

Im Augenblick, als Michka die Station sichtbar, Kirgisen häuften hinter der Station.

Der Wagnetteile kam.

Er sah Michka's blaues Gesicht, Michka's trübte, schmerzverfüllte Augen, fragte mit nicht hoher Stimme:

„Bist du wohl mit, Genosse?“

Michka jammerte:

„Natürlich, jag mich nicht weg! Ich bin diese Nacht fast erfroren.“

„Woher kommst Du, Menschenskind? Du gehst doch zugrunde!“

Es ward einem leichter, wenn die Menschen mit einem fragen. Man fühlte sich Mut. Michka erzählte, woher er kam und wohin er wollte, sprach ein wenig; Er habe in Talshent Verwandte. Saupflanze, er kommt dort an. Sie hätten zweimal der Mutter geschrieben und sie gebeten, er möchte kommen. Sie schrieben: „Geht es ihm nicht, dann komm er ganz und gar bleiben. Gehst es ihm nicht, dann er mit einer Fahrkarte zurückfahren.“

Der Wagnetteile hörte zu, lächelte, sah Michka's blaue Lippen an, sagte plötzlich:

„Komm mit.“

Zuerst wollte Michka es nicht glauben. Als er sich neben der Lokomotive befand, sah er die vielen net geschauten Fäden, Häber, Schrauben, Schiffe, Gerste, als er den feurigen Dampf und sich über den Berg seinen jungen Kopf allerlei unruhige Gedanken: „Bin ich hingekommen?“

Der Wagnetteile zog an einem Griff. Oben über dem Dach begann es zu pfeifen. Er zog an einem anderen Griff. Die Lokomotive setzte sich in Bewegung, begann zu laufen, sehr langsam, vorsichtig, dann immer schneller, und endlich flog sie mit solcher Schnelligkeit, daß Michka's Berg hümmig zu schlagen anfing und sich über den Berg seinen jungen Kopf allerlei unruhige Gedanken: „Bin ich hingekommen?“

Reim Aufsteigen fuhr die Lokomotive langsamer, dann lief sie wieder mit aller Kraft. Der Wagnetteile im schwarzen Hemd sah durch das Fenster, rauchte sein Pfeifen. Ein anderer Mann sah den Dampf in den feurigen Schlund, sah zum Scherz Michka unter den Holz, rief dem Wagnetteile zu:

„Gib die Kondratzen, wollen wir ihn halt Holz in den Ofen werfen?“

„Nur zein mit ihm!“ lachte Kondratzen. „Dann wird es wärmer.“ (Fortsetzung folgt.)

